

MAcHtMUT

AKTUELLES AUS
DUISBURG & BERLIN



MAHMUT ÖZDEMİR

IHR
BUNDESTAGSABGEORDNETER

Nr. 20 – Dezember 2020



■ **Grußwort des Herausgebers**
Seite 2

■ **Erfolge 2020: Für Duisburg in
Berlin**
Seite 3

■ **Interview mit Achim Post &
Sebastian Hartmann: NRWSPD
in Bund und Land: Ein Jahres-
rückblick**
Seite 4

■ **Pressemitteilungen** Seite 7

■ **Özdemir On Tour** Seite 18

■ **Übersicht: Treffen mit Inte-
ressenvertretern** Seite 22

■ **Namentliche Abstimmungen**
Seite 23

Impressum

■ **V.i.S.d.P.**
Mahmut Özdemir MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 73819
mahmut.oezdemir@bundestag.de
www.oezdemir-fuer-duisburg.de





Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2020 haben wir uns wohl alle etwas anders vorgestellt. Eine Pandemie, deren Folgen sich niemand so richtig hat ausmalen können. Auf irgendeine Weise sind wir alle betroffen, manche mehr und manche weniger. Das war und ist weiterhin alles andere als leicht. Doch gemeinsam mit viel Solidarität und Zusammenhalt, konnten wir bisher gut aufzeigen, wie man einer solchen Pandemie als Land, als Bundesregierung und als Bevölkerung begegnen kann.

Die Regierungskoalition hat in den vergangenen Monaten mit einem Kraftakt viele Maßnahmen und Programme auf die Beine gestellt, um den Menschen in unserem Land die benötigte Unterstützung bereitzustellen. Neben dem größten Hilfsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik und einem rund 130 Milliarden Euro umfassenden Konjunkturprogramm, konnten wir mit dem Beschluss des Bundeshaushalts 2021 erneut die finanziellen Weichen für starke Hilfsmaßnahmen stellen.

Die Überbrückungshilfen für Unternehmen werden bis Juni 2021 verlängert. Hierfür werden die Hilfen auf 39,5 Milliarden Euro aufgestockt. Die Fördervoraussetzungen werden in die-

sem Zuge noch einmal nachjustiert sowie der Kreis der Antragsberechtigten erweitert. Darüber hinaus wird nunmehr die Situation von Soloselbständigen besonders berücksichtigt. Aber auch fernab der Überbrückungshilfen unterstützen wir notleidende Branchen in diesen Zeiten. Für mich besonders wichtig: Semiprofessionellen Sportvereinen wird über den Bundeshaushalt ein weiteres Hilfspaket in Höhe von rund 200 Millionen Euro zugesichert. Das sind gute Nachrichten für den Sport!

Angesichts der Corona-Pandemie unterstützen wir zudem massiv den Gesundheitssektor. So wird der Gesundheitsfonds für pandemiebedingt verursachte Belastungen um rund 2,7 Milliarden Euro auf insgesamt 7,65 Milliarden Euro aufgestockt.

Zusammengefasst: Wir investieren stark in unser Land, um möglichst gut durch die Krise zu kommen und setzen dabei nicht nur auf bedarfsbedingte Kompensation, sondern auch auf Förderung! Das ist nachhaltig, das ist bürgernah, das ist die SPD!

Ich bin der Meinung, dass man mit den staatlichen Investitionen auch nicht vor der Stahlbranche Halt machen darf. Der größte Stahlstandort Europas in meiner Stadt Duisburg muss erhalten

werden! Die Krise trifft die Branche hart und ich plädiere dafür, dass sowohl Bund, als auch Land, sich an der Rettung der Branche beteiligen. Nur, wenn wir diesen Schritt gehen, einen Weiterverkauf an ausländische Investoren verhindern und die Arbeitsplätze erhalten, können wir auf eine Zukunft mit grünem Stahl und Wasserstoff in Deutschland bauen.

Das und noch vieles mehr sind Ziele, die ich mir für die kommenden Monate und Jahre vorgenommen habe. Denn wer es noch nicht weiß: Ich werde mich zur Bundestagswahl im September 2021 gemeinsam mit meiner Kollegin Bärbel Bas erneut zur Wahl stellen. An der Seite unseres Kanzlerkandidaten, dem amtierenden Finanzministers und Vizekanzler Olaf Scholz. Ich freue mich schon sehr auf den Wahlkampf und die kommenden Herausforderungen!

Es sind turbulente Zeiten, keine Frage. Trotz alledem wünsche ich meinen Leserinnen und Lesern eine erholsame Weihnachtszeit und hoffe, dass wir alle etwas zur Ruhe kommen und Energie für das neue Jahr tanken können!

Herzlichst



Mahmut Özdemir MdB



Erfolge 2020: Für Duisburg in Berlin

In diesem Jahr konnte ich in Berlin für meinen Wahlkreis 116 / Duisburg II wieder viel erreichen. Das heißt, dass ich nicht nur an wichtigen Gesetzesvorhaben mitgewirkt und diese unterstützt habe, sondern auch, dass ich mich dafür einsetze, möglichst viele Projekte aus dem Duisburger Norden und Nordwesten mit **Fördermitteln des Bundes** auszustatten. Hierfür ist es wichtig, eng mit Verantwortlichen vor Ort – sei es bei der Stadt Duisburg, Vereinen oder anderweitigen Projekten – in Kontakt zu stehen und einen Überblick darüber zu haben, was aktuell in Duisburg ansteht. Im Folgenden habe ich eine Liste aller in diesem Jahr vom Bund geförderten Projekte in meinem Wahlkreis zusammengestellt. Erfreulicherweise konnte die Liste mit der Verabschiedung des Haushalts im Ende dieses Jahres noch erweitert werden!

2,5 MILLIONEN EURO

für die Sanierung der Hubbrücke Walsum

223.000 EURO

für ein neues Löschgruppenfahrzeug für die Feuerwehr Duisburg

16,2 MILLIONEN EURO

für den Breitbandausbau in Duisburg

332.000 EURO

aus dem Corona-Konjunkturprogramm für die Modernisierung des Duisburger Hauptbahnhofs

42,7 MILLIONEN EURO

als Erstattung für die krisenbedingten Gewerbesteuerausfälle der Stadt Duisburg sowie für die langfristige und strukturelle Entlastung der Kommune bei den Sozialausgaben,

131,9 MILLIONEN EURO

Kreditzusagen an Duisburger Unternehmen aus dem KfW-Sonderprogramm

4,5 MILLIONEN EURO

für Klimaschutzprojekt „Schrittsteine“ der Wirtschaftsbetriebe Duisburg

757.975 EURO

für Duisburger Denkmäler (u.a. katholische Pfarrkirche St. Johannes-Baptist in Duisburg-Homberg und Gebäude des Schachts Gerdt der Zeche Rheinpreußen in Duisburg-Baerl)



NRWSPD in Bund und Land: Ein Jahresrückblick

Interview mit Achim Post MdB und Sebastian Hartmann MdB



Achim Post MdB ist Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Minden-Lübbecke I und Vorsitzender der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion (Foto: Susie Knoll)

Lieber Achim, lieber Sebastian, wir haben nicht nur politisch gesehen ein turbulentes Jahr hinter uns. Was sind derzeit unsere größten Baustellen in Land und Bund?

Sebastian: Die Corona-Pandemie hat wie ein Brennglas die großen politischen Baustellen unseres Landes offengelegt und sie teilweise noch verschärft. Ganze Branchen kämpfen um ihre Existenz, in der Pflege diskutieren wir über Personalmangel und bessere Bezahlung und kommunale Haushalte geraten aufgrund sinkender Gewerbesteuern weiter unter Druck.

Achim: Deshalb werden wir uns weiter entschlossen gegen die

Krisenfolgen stemmen und haben mit dem wichtigen Wiederaufbaufonds auch für Europa eine starke und solidarische Antwort gefunden. Das ist besonders das Verdienst von Finanzminister Olaf Scholz. Bis uns hoffentlich bald ein Impfstoff hilft, müssen wir zusammen durch den Krisen-Winter kommen.

Die COVID-19-Pandemie hat uns gelehrt, wie wichtig ein durchdachtes Krisenmanagement sowie eine funktionierende, schnell agierende Politik und Verwaltung sind. Dennoch gibt es einige kritische Stimmen, die sagen, das ginge noch besser. Stimmt ihr dem zu?

Sebastian: Deutschland kommt, insbesondere im internationalen Vergleich, gut durch die Krise. Im Frühjahr haben Bundestag und Regierung schnelle und wirksame Maßnahmen getroffen, um die Auswirkungen des Corona-Virus bestmöglich abzufedern. Natürlich gibt es Punkte, an denen die Abstimmung der verschiedenen politischen Ebenen verbessert werden kann. Für den Katastrophenschutz etwa habe ich da ganz konkrete Vorschläge gemacht, wie das aussehen könnte. Eine starke



Sebastian Hartmann MdB ist Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis I und Landesvorsitzender der NRWSPD

Kompetenz des Bundes zur Koordinierung und Bereitstellung von Ressourcen im Falle z.B. einer epidemischen Lage gehört dazu. Im Land handelt die schwarz-gelbe Landesregierung leider ohne erkennbare Strategie. Vor allem in der Schulpolitik hat es die Regierung versäumt Konzepte zu erarbeiten, die die Aufrechterhaltung des Unterrichts auch bei höheren Inzidenzen gewährleisten. Deshalb hat unsere Fraktion diese Aufgabe übernommen und kurzerhand einen eigenen Schulgipfel veranstaltet, wofür ich unserem schulpolitischen Sprecher, Jochen Ott, herzlich danke.

Die kommunale Altschulden-Entlastung wird weiterhin



breit diskutiert. Inwiefern würde dieser Lösungsvorschlag die nordrhein-westfälischen Kommunen stabilisieren?

Achim: Das Altschulden-Problem ist in der Tat eines der drängendsten Themen im Land und die Corona-Pandemie hat die Lage in den Kommunen noch einmal verschärft. Städte wie Duisburg sind durch Strukturbrüche unverschuldet in diese Situation gekommen und werden durch den Mühlstein der Altschulden in ihrer Handlungsfähigkeit massiv eingeschränkt. Bund und Land müssen diesen Kommunen helfen, damit sie die dringend notwendigen Investitionen tätigen und öffentliche Daseinsfürsorge sicherstellen können. Das ist eine Frage der Solidarität. Auch wenn die schwarz-grünen Solidaritätsverweigerer aus Süddeutschland und das kraftlose Lavieren von Armin Laschet uns vorerst ausgebremst haben: Wir haben die Altschuldenlösung nicht nur auf die Tagesordnung gesetzt, sondern unsere SPD-Reihen geschlossen. Mit Olaf Scholz hat sich erstmals ein Bundesfinanzminister bereit erklärt, das Problem anzugehen und er hat mit seinem Solidarpaket ein wirklich gutes Solidaritätsangebot vorgelegt. Eine Altschuldenlösung gibt es nur mit einer starken SPD.

Welche weiteren Aspekte sind abseits der oben angesprochenen Themen für uns als NRWSPD grundlegend? Ich als Duisburger MdB denke da natürlich unter anderem an das Thema Stahl...

Achim: Stahl ist eines der grundlegenden Themen, denn unsere Stahlindustrie ist systemrelevant. Daher haben wir uns am 24. September bei thyssenkrupp in Duisburg über die wirtschaftlich angespannte Lage, die zusätzlichen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie, den Ansatz zur klimaneutralen Stahlproduktion sowie über die Innovationen im Bereich der Werkstoffentwicklung informiert. Und deshalb hatten wir am vergangenen Montag bei unserer Landesgruppen-Sitzung Tekin Nasikkol (Gesamtbetriebsratsvorsitzender der thyssenkrupp Steel Europa AG) und Knut Giesler (Bezirksleiter der IG Metall NRW) zu Gast. Wir haben auch über die Frage gesprochen, wie mit einer Staatsbeteiligung die Arbeitsplätze bei thyssenkrupp gesichert und die Transformation zu Grünem Stahl nach vorne gebracht werden kann. Wir können Weltmarktführer werden und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Welche Erfolge konnte die NRWSPD dieses Jahr in Berlin erzielen?

Sebastian: Im Bund haben wir die Corona-Hilfspakete maßgeblich geprägt. Ob die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes, der erweiterte Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter oder die Unterstützung der Kommunen durch den Bund tragen unsere sozialdemokratische Handschrift. Vor allem die Unterstützung der Kommunen mit dem Ausgleich der Gewerbesteuer ausfälle und der langfristigen Entlastung bei den Unterkunfts-kosten ist auf unseren Einsatz zurückzuführen. Davon profitiert auch Duisburg mit 42,7 Millionen Euro.

Wir haben uns aber neben der Bewältigung der Corona-Pandemie auch um weitere wichtige Themen für NRW gekümmert. Nur ein Beispiel: Der Kohleausstieg. Unser SPD-Vorschlag für die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat zu einem breiten Konsens für Klimaschutz, Versorgungssicherheit, gute Arbeit und Wertschöpfung geführt. Der Bund unterstützt mit rund 15 Milliarden Euro den Strukturwandel im Rheinischen Revier und im Ruhrgebiet. Duisburg ist einer der 5 Standorte im Ruhrgebiet, die im Mittelpunkt des Strukturstärkungsgesetzes stehen. Wir haben außerdem erreicht, dass ältere Beschäftigte durch das Anpassungsgeld (APG) abgesichert werden und Steinkohlekraftwerke in kommunaler Trägerschaft nicht zu Belastungen



Nr. 20 – Dezember 2020

MEINE MACHtMUT



für die Haushalte vieler Ruhrgebietsstädte werden. Dieser Kohleausstieg eröffnet den Menschen in den Revieren Planungssicherheit und Perspektiven.

Das Jahr neigt sich dem Ende und die Menschen schauen gespannt und hoffnungsvoll ins Jahr 2021. Welche Themen stehen für uns als NRWSPD im neuen Jahr ganz oben auf der Agenda?

Sebastian: Wir haben viel über Corona gesprochen. Die Sozialdemokratie in NRW muss die Zukunft unverzagt und mutig in den Blick nehmen. Der Umbau

der Industrie und sozialdemokratische Klimapolitik gehören zusammen. Eng an der Seite der Gewerkschaften. Erhalt und Schaffung neuer Arbeitsplätze stehen ebenso weit oben auf der Liste und die Investitionen in gute Schulen – Stichwort Digitalisierung – und die Stärkung unserer Kommunen.

Achim: Viele der wichtigen Themen für NRW haben wir benannt und bringen diese Themen in unser SPD-Regierungsprogramm ein. Während sich andere Parteien erst noch sortieren müssen, gehen wir mit Geschlossenheit und Entschlossenheit

in den Bundestagswahlkampf 2021 mit unserem SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz und seinen inhaltlichen Schwerpunkten „Respekt und Solidarität“, „Zukunfts-Programm“ und „Europa. Jetzt“. Dabei wird für uns das Ruhrgebiet eine zentrale Rolle spielen, denn nur mit einer starken SPD im Revier gewinnen wir die Bundestagswahl.

Lieber Achim, lieber Sebastian, ich danke Euch herzlich für Eure Zeit und wünsche Euch ein besinnliches Weihnachtsfest!



Pressemitteilungen

Mahmut Özdemir informiert die Bürgerinnen und Bürger über seine politische Arbeit unter anderem durch die Veröffentlichungen von Pressemitteilungen. Nachfolgend finden Sie die herausgegebenen Pressemitteilungen der vergangenen Monate in chronologischer Ordnung.

Ein neues Löschgruppenfahrzeug für die Feuerwehr Duisburg – finanziert aus Bundesmitteln

Duisburg, 13.08.2020 – Die Feuerwehr Duisburg, genauer gesagt der Löschzug 410 der Freiwilligen Feuerwehr in Duisburg-Walsum, hat ein neues Löschgruppenfahrzeug des Typs LF-KatS erhalten. Zur feierlichen Übergabe des Fahrzeugs an der Hauptfeuerwache in Duissern war der zuständige SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir, ebenfalls vor Ort. Gemeinsam mit ihm nahmen der Feuerwehrdezernent der Stadt Duisburg Dr. Ralf Krumpholz, Vertreter der Bezirksregierung Düsseldorf und der Feuerwehr Duisburg an der offiziellen Übergabe teil.

Der Bund stellt erhebliche Mittel für die Katastrophenschutzeinheiten der Länder bereit. Mit dem Haushalt 2019 hatte die Große Koalition auf Initiative der SPD ein umfangreiches Fahrzeugprogramm aufgelegt und 100 Mio. Euro (2019-2022) zusätzlich zur Verfügung gestellt.

„Gemeinsam mit meiner Duisburger Abgeordneten-Kollegin Bärbel Bas habe ich mich im Deutschen Bundestag für die zusätzlichen Mittel zugunsten des Zivil- und Katastrophenschutzes eingesetzt. Ich freue mich, dass unsere Beschlüsse aus Berlin nun auch vor Ort in Duisburg ankommen“, so Özdemir. „Mein Dank gilt allen, die sich täglich haupt- und ehrenamtlich in unserer Feuerwehr engagieren: Herzlichen Dank für Ihre wertvolle Arbeit und allzeit

sichere Einsätze“, so der SPD-Abgeordnete weiter.

Im Grundgesetz ist die Zuständigkeit des Bundes für den Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall verankert. Gemäß Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz ergänzt er dazu die Ausstattung der Katastrophenschutzeinheiten der Länder. Dafür investiert der Bund jährlich circa 60 Mio. Euro zur Umsetzung des zuletzt im Februar 2019 aktualisierten Ausstattungskonzepts. Dieses sieht

bundesweit 955

Löschfahrzeuge, 4.466 weitere Einsatzfahrzeuge sowie weitere Ausstattung vor. Eines dieser Löschfahrzeuge kommt nun nach Duisburg-Walsum und verstärkt die dortige Freiwillige Feuerwehr.



Mahmut Özdemir MdB bei der Übergabe des neuen Fahrzeugs



Corona-Konjunkturprogramm: 332.000 Euro für Duisburger Hauptbahnhof

Duisburg, 17.08.2020 – 332.000 Euro stellt der Bund im Rahmen des Corona-Konjunkturprogramms für Verbesserungen am Duisburger Hauptbahnhof bereit. "Mit diesen Mitteln sollen die Barrierefreiheit und die Information der Reisenden verbessert und zusätzliche Wartebereiche geschaffen werden", so die Duisburger Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir. "Der Duisburger Hauptbahnhof wird attraktiver, das Bahnfahren angenehmer."

Der Deutsche Bundestag hat im Juni 40 Millionen Euro für ein Sofortprogramm als Teil des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets "Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken" bereitgestellt. Mit diesen Mitteln sollen noch in diesem Jahr etwa 170 Bahnhöfe attraktiver werden, darunter auch der Duisburger Hauptbahnhof. Das wurde in dieser Woche beschlossen. Ziel ist auch, kurzfristig einen Kon-

junkturimpuls für kleine und mittelständische Handwerksbetriebe zu setzen.

"Wir freuen uns, dass von diesem Sofortprogramm auch Duisburg profitieren wird. Die Mittel stehen bereit, wir hoffen, dass die Bahn nun zügig mit der Umsetzung beginnt", so die beiden Duisburger Bundestagsabgeordneten.

Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey zu Gast in Duisburg

Duisburg, 20.08.2020 – Auf Initiative der Duisburger Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir besuchte

Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey im Rahmen Ihrer NRW-Reise Duisburg. Gastgeber war die Duisburger Hafen AG duisport mit ihrer Startup-Innovationsplattform startport.

Im Fokus der Gespräche standen die Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Rolle von Gründerinnen in der Logistik.

Bundesfamilienministerin Giffey zeigte sich beeindruckt von ihrem Besuch bei startport: „Was im Duisburger Innenhafen aufgebaut wurde, ist sinnbildhaft für den Pioniergeist und die wirtschaftliche Kompetenz des Ruhrgebiets. Zwar sind hier immer noch mehr Männer als Frauen in führenden Positionen, aber es verändert sich langsam hin zu mehr Ausgewogenheit. Deshalb ging es in den Gesprächen mit den jungen Unternehmerinnen und Unternehmern auch darum, wie die Rahmenbedingungen für mehr Vereinbarkeit, Partnerschaftlichkeit



Dr. Franziska Giffey bei der startport GmbH in Duisburg



und Frauen in Führung verbessert werden können, z.B. mit mehr Familienfreundlichkeit und neuen Arbeitsformen."

Der Duisburger Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir zeigte sich sehr erfreut über den Besuch der Bundesfamilienministerin: „Ein sehr freundlicher und zuhörender Besuch in unserem schönen Duisburg. Ich bin mir sicher, dass die Bundes-

familienministerin die Anregungen der jungen Unternehmerinnen nach Berlin mitnimmt und in konkrete Politik umsetzt. Dafür ist sie bekannt und dabei wird sie die SPD-Bundestagsfraktion selbstverständlich tatkräftig unterstützen."

Hintergrund zu startport:

Die startport GmbH unterstützt junge GründerInnen, die neue und technologisch hoch innovative Logistiklösungen für den größten Binnenhafen der Welt und die Entwicklung Duisburgs zur internationalen Logistikkreuzung voranbringen. Ziel ist es, die Branche nachhaltig zu verändern.

Mehr Informationen unter: <https://startport.net/>

Über 130 Millionen Euro aus dem KfW-Sonderprogramm 2020 für Duisburger Unternehmen bewilligt

Duisburg, 21.08.2020 – Im März 2020 wurde die KfW-Corona-Hilfe mit Krediten des Bundes ins Leben gerufen und seither mehrfach erweitert, um die Folgen der Pandemie für Unternehmen abzufedern. Das KfW-Sonderprogramm 2020 unterteilt sich in die Bereiche Unternehmerkredit, Gründerkredit und Schnellkredit 2020, sodass sowohl kleine und mittlere Unternehmen als auch Großunternehmen Mittel beantragen können. Insgesamt wurden bundesweit Stand 30. Juni 2020 rund 70.000 Kreditanträge mit einem Gesamtvolumen von über 50 Milliarden Euro gestellt, ein Großteil davon wurde bereits bewilligt. Auch in Duisburg wurden bisher rund 250 Kreditan-

träge mit einem Gesamtvolumen von über 130 Millionen Euro positiv entschieden. „Wir freuen uns, dass die vom Bund bereit gestellten Hilfen bereits von zahlreichen Duisburger Unternehmen genutzt wurden und hoffen, dass sich ihre wirtschaftliche Situation dadurch verbessert“, so die beiden Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

Das KfW-Sonderprogramm 2020 ist Teil des umfangreichen Maßnahmenpakets „Schutzschirm für Deutschland“, welches die Bundesregierung gemeinsam mit dem Deutschen Bundestag und den Ländern geschaffen hat, um die Gesundheitsversorgung zu stabilisieren

und die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt so gut wie möglich durch diese Krise zu bringen.

„Insbesondere mit dem KfW-Schnellhilfekredit 2020 haben wir ein wichtiges Instrument zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen geschaffen, die bei den vorherigen Programmen oftmals durch das Raster gefallen sind. Hier Abhilfe zu schaffen war uns besonders wichtig, da diese Unternehmen eine zentrale Säule unserer Wirtschaft sind und darüber hinaus Millionen Bürgerinnen und Bürgern Arbeit geben“, betonen Bas und Özdemir.



Bund und Land fördern schnelles Internet in Duisburg mit mehr als 32 Millionen Euro

Duisburg, 01.09.2020 – Mit 32.402.484,00 Euro fördern der Bund und das Land NRW den Breitbandausbau in Duisburg. „4.660 Haushalte, 1.502 Unternehmen und 89 Schulen bekommen damit einen schnellen Internetanschluss mit mindestens 50 Mbit/s Bandbreite“, freuen sich die Duisburger Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir sowie die Landtagsabgeordneten Rainer Bischoff, Frank Börner, Ralf

Jäger und Sarah Philipp. Der entsprechende Förderbescheid wurde gestern erlassen.

„Schnelles Internet ist mittlerweile aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Es ist eine gute Nachricht, dass viele Haushalte und Unternehmen jetzt angeschlossen werden können“, erklären die Duisburger Abgeordneten. „Insbesondere für die Schulen ist eine gute Anbindung

an das Internet eine grundlegende Voraussetzung für die - wie wir gerade in der Corona-Pandemie sehen - notwendige digitale Bildung.“

Um Lücken in Duisburg zu schließen, fördern Bund und Land den Aufbau von 882 Kilometer Glasfaserkabel mit jeweils 16.201.242,00 Euro.

Mahmut Özdemir MdB setzt sich für den Bau eines Katastrophenschutzentrums am Homberger Rheinpreußenhafen ein

Duisburg, 10.09.2020 – Es tut sich was am Homberger Rheinpreußenhafen. Die SPD Duisburg will gemeinsam mit Stadt und Bund auf der Brachfläche zwischen Feuerwache und PCC-Stadion ein Katastrophenschutzzentrum errichten. Bereits seit Jahren liegt die große Fläche am Rheinpreußenhafen brach. Früher gab es hier Kohlehalden des Bergbaus. Heute ist auf einem Teil die Feuerwache Homberg und auf einem Teil ein Tanklager. Aber ein Großteil der Fläche ist noch immer ungenutzt. Das soll sich nun ändern. Dafür setzt sich der Homberger

SPD-Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir ein.

In der Corona-Pandemie hat sich gerade auf der Feuerwache in Homberg gezeigt, wie wichtig

Katastrophenschutz und -vorsorge ist. Denn von hier wurde nicht nur die Stadt mit selbst hergestelltem Desinfektionsmittel versorgt, sondern auch viele Stellen des Landes und sogar

des Bundes. Hieran will Özdemir anknüpfen: „Ich denke, die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir der Katastrophenhilfe und dem Bevölkerungsschutz höchsten Stellenwert einräumen müssen. Die Tatsache, dass



Mahmut Özdemir zu Gast bei der Feuerwehr in Homberg



wir nicht mal ausreichend Mund-Nasen-Schutz vorrätig hatten, um die zu schützen, die für uns den Kopf hinhalten müssen, ist schlicht inakzeptabel. Deshalb ist ein solches Zentrum unerlässlich. Ich werde die SPD Homberg/Ruhrort und die Bezirksfraktion bitten, unverzüglich einen neuen Bebauungsplan aufzustellen, der diese gemeinnützige und der Bevölkerung dienende Nutzung festsetzt.“

Gespräche mit Stadt und Bund laufen bereits. Es soll ein gemeinsames Katastrophenschutz-

zentrum von Bundesbehörden wie dem THW, dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie der Feuerwehr Duisburg werden. Um die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure noch weiter zu stärken, soll dort die Freiwillige Feuerwehr Homberg untergebracht werden, welche bereits einen Schwerpunkt im Bereich der Abwehr von ABC-Gefahren innehat. Außerdem war der Löschzug hauptverantwortlich für die Desinfektionsmittelproduktion und hat dabei bereits regelmäßig un-

ter anderem mit der Logistikkomponente des THW kooperiert.

Ergänzend ist ein Übungs Gelände geplant, auf welchem Feuerwehr, THW und andere Hilfsorganisationen trainieren können. Das würde auch die Platzsituation auf der stark ausgelasteten Feuerwache in Homberg verbessern, auf der derzeit neben Berufs- und Freiwilliger Feuerwehr die Feuerwehrschule mit sämtlichen Übungseinrichtungen untergebracht ist.

Bundestag beschließt bisher einzigartige Entlastung der Kommunen - Duisburg profitiert massiv

Duisburg, 18.09.2020 – „Wir entlasten unsere Kommunen! Der Bundestag beschließt eine massive finanzielle Unterstützung der Kommunen und ändert dafür sogar das Grundgesetz. Auch die Stadt Duisburg profitiert davon immens und zwar mit

42,7 Millionen“, erklären die beiden Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir. Gemeinsam erstatten Bund und Länder die pandemiebedingten Gewerbesteuerausfälle der Städte und Gemeinden in diesem Jahr in Höhe von rund 11,8 Milliarden Euro. Zudem entlastet der Bund die Kommunen langfristig und strukturell bei den Sozialausgaben, indem er seinen Anteil an den Kosten für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung um 25 Prozent erhöht. Dementsprechend verringert sich der kommunale Anteil. Dadurch entstehen für die

kommunalen Haushalte zusätzliche finanzielle Spielräume von rund 3,4 Milliarden Euro jährlich. „Dieser Meilenstein war nur möglich, weil die SPD an der Seite der Kommunen steht“, so die Duisburger Bundestagsabgeordneten. Auf Initiative von Olaf Scholz und der SPD wurde der kommunale Solidaripakt als Teil des Konjunkturprogramms verankert.

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die kommunalen Haushalte zeigen sich besonders deutlich bei der Gewerbesteuer. Im zweiten Quartal 2020



MdB Bärbel Bas und Mahmut Özdemir



lagen die Gewerbesteuereinnahmen der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nach Angaben von IT.NRW bei knapp zwei Milliarden Euro. Das waren rund 1,5 Milliarden Euro bzw. 43,5 Prozent weniger als im zweiten Quartal des Vorjahres (damals: 3,5 Mrd. Euro). In Duisburg sind die Einnahmen um mehr als 35 Millionen Euro bzw. 56,8 Prozent gesunken.

„Mit einem Ausgleich der krisenbedingten Gewerbesteuerausfälle in diesem Jahr gewährleisten wir kurzfristig die Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Kommunen. Nur so können wir sicherstellen, dass kein kommunales Schwimmbad schließen muss und keine Schulsanierung aufgeschoben wird. Wir brauchen starke Kommunen und deshalb werden wir genau darauf achten, dass die Landesregierung die Mittel auch fair und präzise an die Städte und Gemeinden weitergibt“ so

Mahmut Özdemir Bundestagsabgeordneter für den Duisburger Norden und Nordwesten.

Wichtiger noch ist die Entlastung bei den Sozialausgaben, denn diese wirkt dauerhaft und strukturell. Entlastet werden vor allem Kommunen wie Duisburg, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind. Insgesamt können die kommunalen Haushalte in NRW ab 2020 jährlich mit einer Milliarde Euro mehr rechnen. Für die Stadt Duisburg werden es nach Angaben des Landesministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung jedes Jahr 42,7 Millionen Euro sein.

„Die Entlastung bei den Kosten der Unterkunft leistet zwar auch einen Beitrag zur Vermeidung neuer Schulden, alte Schulden aus Krediten zur Sicherung der Liquidität können dadurch aber gerade in finanzschwachen Kommunen nicht getilgt werden. Insofern bleibt eine Lösung der Altschulden-problematik auf der Tagesordnung, auch wenn CDU

und CSU diese in den zurückliegenden Verhandlungen blockiert haben. Dies lag auch daran, dass NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) das Thema viel zu lange schleifen gelassen hat und sich letztlich nicht gegen die Blockierer und Verhinderer in den eigenen Reihen durchsetzen konnte. Wir erwarten nun aber, dass Armin Laschet zumindest zeitnah eine Landeslösung präsentiert. Nun ist er als Ministerpräsident und Kandidat für den CDU-Parteivorsitz am Zug, die von der Union gepredigte Landesverantwortung wahrzunehmen und den Worten Taten folgen zu lassen“, so Bas und Özdemir.

Bärbel Bas und Mahmut Özdemir sind sich einig, dieser Schritt wird den Duisburger Haushalt in Zukunft entlasten und die wirtschaftliche Erholung der Stadt hoffentlich auch weit nach der Covid-19-Pandemie um einiges erleichtern.

Duisburger SPD ist entsetzt über drohende Schließung des Grobblechwerks in Duisburg-Hüttenheim

Duisburg, 17.11.2020 – Die Duisburger SPD-Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie die Duisburger SPD-Ratsfraktion reagieren entsetzt auf die Nachricht, dass der Verkauf des

thyssenkrupp-Grobblechwerks in Hüttenheim gescheitert ist. Nun droht dem Werk die Schließung. „Die Beschäftigten vor Ort leisten trotz der schwierigen Be-

dingungen hervorragende Arbeit. Es wurde versäumt, die notwendigen Investitionen in den Standort zu tätigen. Jetzt muss die Belegschaft für die



Managementfehler der vergangenen Jahre büßen“, sagen die Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir, die Landtagsabgeordneten Sarah Philipp, Rainer Bischoff, Frank Börner und Ralf Jäger sowie der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Bruno Sagurna.

Die Duisburger SPD-Politiker fordern von der Konzernspitze von thyssenkrupp, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden. So wurde es im Tarifvertrag „Zukunftspakt Stahl“ bis Ende März 2026 vereinbart. „Wir erwarten, dass der Konzernvorstand schnell für Klarheit sorgt und auf

betriebsbedingte Kündigungen verzichtet. Wir werden die Belegschaft des Grobblechwerks unterstützen, wo wir können, und uns solidarisch an die Seite der Beschäftigten stellen“, sagen die Sozialdemokraten.

Berliner Geldsegen für Duisburger Klimaschutzprojekt „Schrittsteine“ – Duisburger Bundestagsabgeordnete Özdemir und Bas leiten erneut Millionenförderung nach Duisburg

Duisburg, 19.11.2020 – Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat mit seinem Beschluss heute die Stadt Duisburg mit 4,5 Millionen Euro an Fördermitteln ausgestattet. Dem vorangegangen war die Idee der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir und Bärbel Bas bei dem kommunalen Klimaschutz in urbanen Räumen neue Wege zu gehen. So entstand unter maßgeblicher Entwicklung der Wirtschaftsbetriebe Duisburg die Idee des Projektes „Schrittsteine“ für den Klimaschutz. Dieses umfasst Maßnahmen zur Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen. Das von den Wirtschaftsbetrieben entwickelte Projekt „Schrittsteine“ umfasst ein Verbundsystem von größeren und

kleineren Modernisierungen und Umbauten an den Parks und Grünanlagen Duisburgs, die dem Ziel dienen, eine klimafreundliche Stadtentwicklung zu befördern. Darunter fallen unter anderem die Reaktivierung des Wasserlaufs am Kaiserberg in Duissern, der vollständige Neu-

bau des Biegerparks im Duisburger Süden und die ökologische Neugestaltung der Spielplätze im Landschaftspark Duisburg Nord in Meiderich. „Wir sind als Sozialdemokraten die Taktgeber des Strukturwandels in Duisburg gewesen und werden auch die Taktgeber sein zur Bewältigung des Klimawandels. Es war eine Freude, die Gedanken freischweifen zu lassen und zu sehen, dass wir vom Kaiserberg über den Biegerpark bis zum LaPaNo ein solches noch nie da gewesenes Projekt entwickelt haben und jetzt auch mit Geld aus Berlin Wirklichkeit werden lassen. Mein besonderer Dank für die passgenaue Zusammenarbeit gilt Uwe Linsen als Vorstand



MdB Bärbel Bas & Mahmut Özdemir

Gute Nachrichten für Duisburg!

MILLIONENFÖRDERUNG AUS BERLIN

Klimaschutzprojekt "Schrittsteine" der Wirtschaftsbetriebe Duisburg erhält 4,5 Mio. Euro Förderung vom Bund



der Wirtschaftsbetriebe Duisburg. Mit der guten Vorbereitung konnten wir dem Förderantrag beim Bundesministerium für Inneres, Bauen und Heimat zum Erfolg verhelfen“, so der Bundestagsabgeordnete Mahmut Özdemir.

Diese drei großen „Schrittsteine“ sind der Anstoß und ein Rahmen für viele weitere kleinteilige Projekte, die durch diese Investition aus Berlin verbunden werden. Diese Maßnahmen umfassen beispielsweise die Errichtung von Klimahainen in dicht bebauten Gebieten oder die verbesserte Nutzung von Friedhofsflächen, um dem Klimaschutz zu dienen.

„Auch kleinere Grünanlagen sorgen in dicht bebauten Städten für ein besseres Klima. Sie sind ein Platz zur Erholung, speichern Regen und entlasten die Kanalisation. Ich bin stolz darauf, dass Duisburg mit finanzieller Unterstützung aus Berlin ein Projekt auf den Weg bringt, das ein Modellprojekt auch für andere Städte sein wird,“ ergänzt Bundestagsabgeordnete Bärbel Bas und fasst abschließend zusammen: „Ich freue mich sehr, dass die Wirtschaftsbetriebe Duisburg diese Chance mit uns Abgeordneten in Berlin ergriffen haben, um unsere Stadt Stück für Stück aufzuwerten und einen großen Duisburger Beitrag zur Erreichung der

Klimaschutzziele zu leisten. Das ist mal wieder ein großes Stück vom Kuchen für Duisburg.“

Das Förderprogramm des Bundes umfasst insgesamt für ganz Deutschland für das Jahr 2020 rund 10 Millionen Euro, in den Folgejahren bis 2023 sollen weitere 90 Millionen vom Bund investiert werden. Übergeordnetes Ziel ist die Förderung von klimagerechter Stadtentwicklung und die Reduktion der Treibhausgasemissionen durch eine gezielte Entwicklung und Modernisierung von Grünflächen in den urbanen Räumen.

Duisburger Bundestagsabgeordneter Özdemir sichert Zukunft der Hubbrücke Walsum – 2,5 Millionen Euro Bundesmittel für die Sanierung der Hubbrücke

Duisburg, 26.11.2020 – Der Einsatz des SPD-Bundestagsabgeordneten für den Duisburger Norden und Nordwesten, Mahmut Özdemir, zahlt sich aus: In seiner heutigen Bereinigungssitzung hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen, die Sanierung des Walsumer Wahrzeichens mit 2,5 Millionen Euro zu unterstützen! Im August dieses Jahres hatte Mahmut Özdemir den neuen

haushaltspolitischen Sprecher der SPD Bundestagsfraktion, Dennis Rohde, nach Duisburg eingeladen und sich gemeinsam mit ihm den dringenden Sanierungsbedarf der Walsumer Hubbrücke vor Ort angesehen. „Es freut mich sehr, dass es mir gelungen ist, die 2.517.000 Euro für die Sanierung der Hubbrücke nach Walsum zu holen. Außerdem möchte ich mich noch einmal ganz herzlich bei Dennis Rohde für seine Unterstützung

bedanken, ohne die das nicht möglich gewesen wäre“, so Mahmut Özdemir. „Auch möchte ich mich bei der SPD-Walsum für die gute Zusammenarbeit bedanken. Gemeinsam mit der SPD vor Ort setzen wir uns seit Jahren für die Sanierung der Hubbrücke ein und konnten so bereits die Grundlagen in Bezirk und Rat schaffen“, ergänzt Özdemir.



Das umfangreiche Konzept zur Sanierung konnte dann gemeinsam mit der Stadt Duisburg mit Leben gefüllt werden: Die Brückenkonstruktion soll durch Aufbringen eines leichteren Fahrbahnmaterials entlastet werden. Die Hubfunktion wird dabei zunächst festgesetzt, wobei die Option einer späteren Reaktivierung bestehen bleiben soll. Auch denkmalgeschutztechnische Gesichtspunkte müssen bei der Sanierung Beachtung finden, da die Walsumer Hubbrücke seit dem Jahre 1997 unter Denkmalschutz steht.

Ziel ist es, die Hubbrücke zumindest für Fußgänger und Fahrradfahrer langfristig zu erhalten. Ob sie dann auch wieder für den PKW-Verkehr genutzt werden kann, hängt von der Entscheidung der Steag ab, die als Eigentümerin die entsprechenden Mittel bereitstellen müsste. „Mit den Bundesmitteln

beenden wir schnell und wirksam die Jahrelange Hängepartie. Vom Eigentümer erwarte ich jetzt eine schnelle Umsetzung“, so Özdemir.

„Das sind sehr erfreuliche Nachrichten aus Berlin“, so Bezirksbürgermeister Georg Salomon

reiche Bewilligung der Bundesmittel und für seinen persönlichen Einsatz. Nun steht Dank der bewilligten Bundesmittel der Sanierung der Hubbrücke Walsum nichts mehr entgegen und unser Industriedenkmal kann wieder zur Querung des Hafenbeckens genutzt werden.“



Dennis Rohde zu Besuch in Duisburg

und SPD-Fraktionsvorsitzender im Bezirk Walsum, Detlef Frese. „Wir danken unserem SPD-Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir herzlich für die erfolg-

Die in den 1930er Jahren erbaute und in den 1950er Jahren erneuerte Hubbrücke Walsum, welche Alt-Walsum über den Nordhafen direkt mit der Rheinfähre Walsum-Orsoy verbindet, ist heute marode. Der bauliche Zustand machte vor einigen Jahren eine Sperrung für den Individualverkehr unabdingbar. Seither ist die Brücke nur noch für Fußgänger und Fahrradfahrer zugänglich. Damit künftig keine Vollsperrung droht, ist eine baldige Sanierung dringend erforderlich.



Duisburger Bundestagsabgeordneter Özdemir führt die erste Testfahrt des neuen Flachwasserfahrersimulators SANDRA II durch

Duisburg, 04.12.2020 – Mahmut Özdemir, der SPD-Bundestagsabgeordnete für den Duisburger Norden und Nordwesten, war heute im Schiffer-Berufskolleg RHEIN in Duisburg-Homberg zu Gast, wo er die allererste Testfahrt mit dem neuen, bundesweit einzigartigen Flachwasserfahrersimulator SANDRA II durchführte. Neubauten von Schiffen werden vor der Übergabe an den „Eigner“ durch Test- und Probefahrten auf die geforderten Eigenschaften hin geprüft. Özdemir, der sich dafür stark gemacht hatte, dass der Bund die Gesamtkosten in Höhe von 1,6 Millionen Euro für die erforderliche Modernisierung übernimmt, hat es sich nicht nehmen lassen, diese erste Testfahrt selbst durchzuführen.

Vor gut zwölf Jahren startete „SANDRA“ (Simulator for Advanced Navigation Duisburg - Research and Application) und wurde sehr schnell europaweit zum Synonym und Maßstab für Ausbildung und Training von Binnenschiffen am Radar- und Flachwasser-Fahrersimulator im Schiffer-Berufskolleg RHEIN in Duisburg-Homberg. Diese erfolgreiche Kooperation zwischen der Stadt Duis-

burg, dem Duisburger Entwicklungszentrum für Schiffstechnik und Transportsysteme e.V. (DST) und dem Schiffer-Berufskolleg RHEIN (SBKR) war allerdings in die Jahre gekommen und bedurfte dringender Modernisierungsmaßnahmen, um die Hard- und Software auf den aktuellsten Stand zu bringen und die hohen Standards der Europäischen Kommission zu erfüllen.



Mahmut Özdemir MdB bei der Probefahrt des Flachwasserfahrersimulators

„Die Binnenschifffahrt ist von zentraler Bedeutung, nicht nur für unsere Duisburger Wirtschaft, sondern auch über die Region hinaus. Daher freut es mich sehr, dass ich die Mittel für die dringend erforderliche Modernisierung des Flachwasserfahrersimulators nach Duisburg

holen konnte, um so die qualitativ hochwertige Ausbildung am renommierten Homberger Schiffer-Berufskolleg RHEIN auch für die Zukunft zu garantieren“, so Mahmut Özdemir.

Noch sind viele Kabel mit den zugehörigen Endgeräten zu verbinden, aber einen ersten Eindruck, was der Nachfolger des in Europa Maßstäbe setzenden Simulators für die Binnenschifffahrt neues zu leisten vermag, konnte man durch die Testfahrt

bereits erlangen. Nach weiteren Tests, die sicherstellen sollen, dass die Anlage den europäischen Maßstäben für Prüfungssimulatoren genügt, beziehungsweise diese deutlich übertrifft, soll dem Schiffer-Berufskolleg RHEIN ab Frühjahr 2021 wieder

einer der modernsten Simulatoren für die Binnenschifffahrt in Europa zur Verfügung stehen. Für diesen Zeitpunkt ist - je nach dann geltenden Pandemie-Regeln - auch die festliche Einweihung geplant.

Eine europäische Richtlinie schreibt ab 2022 zwingend



Nr. 20 – Dezember 2020

MEINE MACHtMUT



praktische Prüfungen auf einem Schiff oder an einem Simulator auch für Schiffsführerinnen und Schiffsführer vor. Hierzu wird der Simulator dann in besonderer Weise geeignet sein und eine wichtige Rolle spielen. Gleich drei unabhängig und parallel arbeitenden Prüfungskommissionen wird die neue Anlage

die zeitgleiche Prüfung von angehenden Schiffsführern ermöglichen. Damit könnten rein rechnerisch schon weit mehr als 600 Prüfungen pro Jahr zusätzlich zur Ausbildung im Rahmen der dualen Ausbildung zum Binnenschiffer/zur Binnenschifferin während der Schulzeiten am Schiffer-Berufskolleg RHEIN

durchgeführt werden. Hinsichtlich der angestrebten Kompetenznachweise können diese Prüfungen für das "Schiffsführer-Patent", für die Radarfahrt oder zur Kenntnis über ausgewählte Fahrstrecken (Streckenkunde) sein.



Özdemir on Tour

Eindrücke aus den Terminen des Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir



26.08.2020

Besuch des haushaltspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Dennis Rohde, in Duisburg. Mit Stopps auf der Hubbrücke Walsum...



...und bei der Freiwilligen Feuerwehr in Duisburg-Homberg, um einige Projekte vorzustellen, die finanzielle Unterstützung des Bundes benötigen



26.08.2020

Einer von einigen Besuchsterminen bei Kleingartenvereinen in Duisburg im diesjährigen Sommer. Hier gemeinsam mit den KommunalwahlkandidatInnen Anas Nafile, Conny Schmetz und Elvira Ulitzka



27.08.2020

Immer gut, wenn Probleme schnell gelöst werden! Eines meiner Herzensprojekte, die Skateanlage auf der Ottostraße in Homberg, hat eine neue Lärmschutzwand und ist endlich wieder geöffnet



27.08.2020

Die SPD Duisburg ist vielfältig – Pressetermin mit Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund für die Kommunalwahl am 13. September 2020



02.09.2020

Besuch beim Duisburger Frauenhaus. Es ging unter anderem um die Finanzierung dieser wichtigen Einrichtungen und die Reform des Sexualstrafrechts



11.09.2020

Die Hubbrücke am Rheinpreußenhafen in Homberg ist gerettet! Die derzeitigen Eigentümer RAG und Ineos werden die Brücke mit Hilfe von Bundesmitteln sanieren und im Anschluss der Stadt Duisburg als Schenkung übertragen



23.09.2020

Zu Gast bei der AWO Duisburg zum Aktionstag der Migrationsfachdienste. Spannender Austausch und leckeres gemeinsames Frühstück mit Beraterinnen und Beratern der Fachdienste



24.09.2020

Werksbesuch bei thyssenkrupp. Mit dem Vorsitzenden der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagfraktion, Achim Post sowie MdB Günter Krings und Oliver Wittke (beide CDU)



25.09.2020

Vorstellung des neuen, mit 420 000 Euro Bundesmitteln geförderten, vollelektrischen Abfallsammelfahrzeugs der Wirtschaftsbetriebe Duisburg



03.10.2020

Feierlicher Akt zum Tag der Deutschen Einheit im Landschaftspark Duisburg-Nord. Katarina Barley, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, hat uns mit einer Festrede beehrt



13.10.2020

Baumpflanzaktion mit dem Schüler Paul Riddermann in seinem Waldstück in Uedem in Begleitung der WDR Lokalzeit



MEINE MAcHtMUT

Nr. 20 – Dezember 2020



02.12.2020

Digitale Büroklausur mit meinem Team aus dem Duisburger und dem Berliner Büro



03.12.2020

Eine von drei Gutscheinübergaben an Duisburger Sportvereine. Hier gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Meidericher Tennis-Club 03 e.V., Dirk Grotstollen, und Eren Yantaki



01.12.2020

Ich wurde erneut von den Delegierten des SPD-Unterbezirks Duisburg als Bundestagskandidat für den Duisburger Norden nominiert. Ich freue mich sehr über die Nominierung und schon riesig auf den Wahlkampf!



Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir MdB Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für die und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

31. August 2020	Daniela Schwarzer, Leiterin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)
02. September 2020	Karin Bartl, Leiterin Frauenhaus Duisburg gGmbH Tim Liedmann, Vorstandsmitglied Evangelisches Christophoruswerk e.V.
21. September 2020	Kai Mann, Geschäftsführer Student Flats OHG Andreas Büchter, Gesellschafter Student Flats OHG Rolf Ecker, Gesellschafter Student Flats OHG
24. September 2020	Werksbesuch bei Thyssenkrupp Steel Europe in Duisburg
20. Oktober 2020	Stephan Baumgarten, stellv. Kreisgruppenvorsitzender GdP Duisburg Harald Jurkovic, Kreisgruppenvorsitzender GdP Duisburg Okan Uyma, Vertreter der Jugend- und Auszubildendenvertretung in Duisburg Marie Horstkamp, Vorsitzende der Polizeihauptjugend- und Auszubildendenvertretung NRW
03. Dezember 2020	Tekin Nasikkol, Vorsitzender des Betriebsrats und Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der thyssenkrupp Steel Europe AG



Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier können Sie nachlesen, wie Ihr MdB im Einzelnen abgestimmt hat. Die Übersicht aller namentlichen Abstimmungen sowie dazugehörige Drucksachen finden Sie auch [hier](#) auf der Internetseite des Deutschen Bundestages.

10.09.2020 **Abstrakte Normenkontrolle - Düngeverordnung (Beschlussempfehlung)**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der AfD - Antrag auf abstrakte Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht gemäß Artikel 93 Absatz 1 Nummer 2 des Grundgesetzes wegen der Verordnung zur Änderung der Düngeverordnung und anderer Vorschriften

- Drucksachen 19/19158 und 19/20235 –

Ja

16.09.2020 **Mobilität der Zukunft (Beschlussempfehlung)**

Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der AfD - Gleichstellung von Fahrzeugen, die mit synthetischen Kraftstoffen oder Biokraftstoffen angetrieben werden, mit Elektrofahrzeugen

- Drucksachen 19/6007 und 19/14873 –

Ja

17.09.2020 **Finanzielle Entlastung der Kommunen**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU und SPD - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104a und 143h)

- Drucksachen 19/20595 und 19/22586

Ja

18.09.2020 **Konsequenzen aus dem Brand in Moria ziehen - Beschlussempfehlung zum Antrag 19/22264**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss) zum Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Heike Hänsel, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.: Konsequenzen aus dem Brand in Moria ziehen - Lager auf den griechischen Inseln auflösen und Geflüchtete in Deutschland aufnehmen

- Drucksachen 19/22264 und 19/22579 -

Ja



18.09.2020	Konsequenzen aus dem Brand in Moria ziehen - Antrag 19/22279	Nein
<p>Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nach dem Brand von Moria - Für schnelle Nothilfe und einen menschenrechtsbasierten Neustart der europäischen Flüchtlingspolitik</p> <p>- Drucksache 19/22679 -</p>		
08.10.2020	Bundeswahlgesetz (Größe des Bundestages)	Ja
<p>Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes</p> <p>- Drucksachen 19/22504 und 19/23187 -</p>		
09.10.2020	Bundeswahlgesetz (Wahlversammlungen)	
<p>Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Fünfundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes</p> <p>- Drucksachen 19/20596 und 19/23197 -</p>		
09.10.2020	Finanzielle Lasten der Migrationspolitik umfassend offenlegen	Ja
<p>Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gottfried Curio, Dr. Bernd Baumann, Jochen Haug, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: Finanzielle Lasten der Migrationspolitik umfassend</p> <p>- Drucksachen 19/16488 und 19/23183 -</p>		
09.10.2020	Einführungsgesetz zur Abgabenordnung	Nein
<p>Gesetzentwurf der Abgeordneten Lisa Paus, Anja Hajduk, Canan Bayram, weitere Abgeordnete und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung - Einziehung von Taterträgen</p> <p>- Drucksachen 19/22113 und 19/22680 -</p>		
29.10.2020	Bundeswehreinsetzung im Irak (Beschlussempfehlung)	Ja
<p>Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung - Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte - Stabilisierung sichern, Wiedererstarken des IS verhindern, Versöhnung fördern in Irak und Syrien</p> <p>- Drucksachen 19/22207 und 19/23212 -</p>		
30.10.2020	Untersuchungsausschuss Infektionsschutz - Abstrakte Normenkontrolle	Nein
<p>Antrag der Fraktion der AfD - Antrag auf abstrakte Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht gemäß Artikel 93 Absatz 1 Nummer 2 des Grundgesetzes wegen § 5 Absatz 2 Nummer 1 bis 8 Infektionsschutzgesetz</p> <p>- Drucksache 19/23529 -</p>		



30.10.2020	Einsetzung Untersuchungsausschuss Infektionsschutz	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der AfD - Einsetzung eines 4. Untersuchungsausschusses der 19. Wahlperiode (Sars-CoV-2-Pandemie)	Ja
		- Drucksachen 19/22832 und 19/23471 -	
18.11.2020	Corona-Maßnahmen (epidemische Lage), Änderungsantrag FDP	Änderungsantrag der FDP zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	NA
		- Drucksachen 19/23944, 19/24334, 19/24350 und 19/24375 -	
18.11.2020	Corona-Maßnahmen (epidemische Lage), Änderungsantrag Bündnis 90/Die Grünen	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	NA
		- Drucksachen 19/23944, 19/24334 und 19/24380 -	
18.11.2020	Corona-Maßnahmen (epidemische Lage), Gesetzentwurf CDU/CSU, SPD	Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite	NA
		- Drucksachen 19/23944 und 19/24334 -	
18.11.2020	Corona-Maßnahmen (epidemische Lage), Antrag CDU/CSU, SPD	Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Feststellung des Fortbestandes der epidemischen Lage von nationaler Tragweite	NA
		- Drucksache 19/24387 -	
19.11.2020	Energiesicherheit gewährleisten - Nord Stream 2 unterstützen (Beschlussempfehlung)	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Tino Chrupalla, Dr. Heiko Heßenkemper, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD	NA
		- Drucksache 19/22552 und 19/23404 -	
26.11.2020	Europäische Bank für nachhaltige Entwicklung (Beschlussempfehlung)	Beschlussempfehlung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu dem Antrag der Fraktion der FDP Deutsche EU-Ratspräsidentschaft nutzen, Ankündigungen umsetzen - Errichtung einer Europäischen Bank für nachhaltige Entwicklung und internationalen Klimaschutz	Ja
		- Drucksache 19/24327 und 19/24733 -	



26.11.2020	Übereinkommen über ein Europäisches Patentgericht	Ja
<p>Gesetzentwurf der Bundesregierung zu dem Übereinkommen vom 19. Februar 2013 über ein Einheitliches Patentgericht</p> <p>- Drucksachen 19/22847 und 19/24742 -</p>		
08.12.2020	Antrag 19/24969 der FDP (Beschluss gemäß Artikel 115 Absatz 2 des Grundgesetzes)	Nein
<p>Antrag der Abgeordneten der Fraktion der FDP - Beschluss des Bundestages gemäß Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 des Grundgesetzes</p> <p>- Drucksache 19/24969 –</p>		
08.12.2020	Beschluss gemäß Artikel 115 Absatz 2 des Grundgesetzes (Beschlussempfehlung Haushaltsausschuss)	Ja
<p>Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD - Beschluss des Deutschen Bundestages gemäß Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 des Grundgesetzes</p> <p>- Drucksachen 19/22887 und 19/24940 –</p>		
09.12.2020	Geschäftsbereich Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt (Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses)	Ja
<p>Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) - hier: Einzelplan 04 - Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes</p> <p>- Drucksachen 19/22600, 19/22602, 19/23324 und 19/23325 –</p>		
11.12.2020	Haushaltsgesetz 2021	Ja
<p>Gesetzentwurf der Bundesregierung - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)</p> <p>- Drucksachen 19/22600, 19/22602, 19/23302, 19/23305, 19/23306, 19/23309, 19/23310, 19/23311, 19/23312, 19/23313, 19/23314, 19/23315, 19/23316, 19/23320, 19/23322, 19/23323, 19/23324, 19/23325, 19/23326 –</p>		